

Gute-Arbeit-Newsletter Nr. 3 Dezember 2007

1. Post-Mindestlohn verabschiedet – Union musste nachgeben

Heute hat der Deutsche Bundstag den Mindestlohn für den Briefsektor in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Wenn auch der Bundesrat – was zu erwarten ist – am 20. Dezember das Gesetz passieren lässt, dann können die Beschäftigten in allen Betrieben und selbstständigen Betriebsabteilungen, die überwiegend mit Briefdienstleistungen befasst sind, vor Lohndrückerei geschützt werden.

Noch nachdem sich die Koalitionsspitzen vor zwei Wochen endgültig darauf geeinigt hatten, dass der Mindestlohn für Zusteller/innen in den alten Bundesländern bei 9,80 Euro, in den neuen bei 9 Euro liegen soll, haben Unionspolitiker begleitet von der Springer-Presse und den Post-Konkurrenten - der PIN Group und der niederländischen TNT - versucht, den Mindestlohn zu torpedieren. Sie haben das auf dem Rücken der Beschäftigten gemacht, indem sie mit Entlassungen gedroht haben.

Wir werden nicht locker lassen und uns ab März – wie in Meseberg von der Koalition vereinbart – weitere Branchen wie die Zeitarbeit vornehmen, um sie in das Entsendegesetz aufzunehmen.

Hier gibt es schon jetzt Widerstand: Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) bezeichnete in dieser Woche den Einsatz für einen Mindestlohn bei den Leiharbeiter/innen als „beschäftigungspolitisches Symbolthema“. Das ist Spott und Hohn gegen die Arbeitnehmer/innen: Beim Thema Mindestlohn geht es nicht um Symbole, sondern um die nackte Existenz und um eine anständige Entlohnung für die Beschäftigten, die zu Niedriglöhnen arbeiten gehen.

2. Verlängerung ALG I – Union lässt Arbeitslose in Unsicherheit

Die Verlängerung der Bezugszeit des ALG I für Erwerbslose ab 50 Jahre wird kommen. Auch wenn das Gesetz erst im nächsten Jahr verabschiedet wird, soll das ALG I den Betroffenen rückwirkend ab 1. Januar 2008 ausgezahlt werden. Das steht fest.

Dennoch entlässt die Union die Erwerbslosen, die ab 1. Januar 2008 von einer Verlängerung der Bezugszeit profitieren sollen, verunsichert in die Weihnachtszeit. Rund 40 000 Menschen, die zurzeit ALG I beziehen, rutschen mit dem Jahreswechsel auf den Satz des ALG II herab, da die Union das Gesetz, das die Verlängerung vorsieht, nicht mehr vor Jahresende verabschieden wollte. Die SPD wollte das Gesetz in dieser Woche beschließen – doch die Union blockiert eine schnelle Änderung.

Leidtragende sind auch die Mitarbeiter/innen der Arbeitsagenturen und Kommunen, die im neuen Jahr mit einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand zu kämpfen haben. CDU und CSU, die sonst keine Gelegenheit auslassen, nach Bürokratieabbau zu rufen, muten ihnen das zu.

Das gleiche gilt für die 58er-Regelung, die mit dem Jahreswechsel ausläuft. Die SPD wollte in dieser Woche im Bundestag auch die Nachfolgeregelung verabschieden – die Union weigerte sich und zögert die Verabschiedung ins nächste Jahr hinaus. Dennoch: Die Nachfolgeregelung steht. Damit konnten wir eine Zwangsrente mit Abschlägen vor dem 63. Lebensjahr verhindern.

3. Managergehälter – SPD für Überprüfung von Gehältern und Abfindungen

Die Spitzengehälter von Managern sind ins Unermessliche gestiegen. Der Großteil der Bevölkerung empfindet Gehälter und Abfindungen in ein- oder zweistelliger Millionenhöhe als ungerecht - erst recht vor dem Hintergrund der Debatte um Hunger- und Niedriglöhne. Daher hat die SPD in dieser Woche eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Angemessenheit und Transparenz von Manager-Vergütungen überprüfen soll. Unter der Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Finanzexperten Joachim Poß soll sie einen Vorschlag erarbeiten, wie die Transparenz und Selbstverpflichtung der Wirtschaft verbessert werden kann. Auch soll sie die Begrenzung der Steuerabzugsfähigkeit von Gehältern und Abfindungen überprüfen: Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler für überhöhte Abfindungen indirekt zur Kasse gebeten werden.

[HTTP://INTERNET.SPD.FRAK/CNT/RS/RS_DOK/0,,42826,00.HTML](http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,42826,00.html)

[HTTP://WWW.SPD.DE/MENU/1735149/](http://www.spd.de/menu/1735149/)

4. Bayerische Bundestagsabgeordnete diskutierten über Post-Mindestlohn in Berlin

Am Montag haben die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten über den Post-Mindestlohn diskutiert. Dazu hatten sie Anton Hirtreiter vom ver.di-Landesbezirk Bayern, der zuständig ist für Postdienste, Speditionen und Logistik, nach Berlin eingeladen. Er bestätigte auch aus seinen Erfahrungen und der Praxis in Bayern die dringende Notwendigkeit einer wirksamen gesetzlichen Regelung gegen Lohndumping. Hirtreiter lobte die Abgeordneten, dass die den Post-Mindestlohn im Parlament gegen den Druck von Union und Springer-Presse durchgesetzt haben. Beim Post-Mindestlohn sei deutlich geworden, dass SPD und Gewerkschaften für die Beschäftigten etwas erreichen können, wenn sie zusammenhalten. Hirtreiter betonte, dass mit dem Post-Mindestlohn erstmals ein Gesetz gegen die Springer-Front durchgeboxt wurde.

5. Die nächsten Betriebsräte-Konferenzen

Unsere nächsten beiden Betriebsräte-Konferenzen zum Thema „Arbeitnehmerrechte stärken – Zusammenhalt und gute Arbeit statt Niedriglohn und

Leiharbeit“ finden am 28. Januar 2008 in Würzburg und Augsburg statt. In Würzburg werden Walter Kolbow, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, und Klaus Brandner, Staatssekretär im Arbeitsministerium, auf dem Podium sitzen. In Augsburg laden die bayerischen Abgeordneten Heinz Paula, Anette Kramme und Gabriele Fograscher ein zur Diskussion.

V.i.S.d.P.:

Larissa Schulz-Trieglaff

Pressereferentin

Bayerische SPD-Landesgruppe

Platz der Republik 1

11011 Berlin